

Nassauer Anzeiger

Amtliches Organ

für die Stadt Nassau und für Bergnassau-Scheuern.

Publikationsorgan für das Amtsgericht Nassau.

Bezugspreis:
Vierteljahr 1,95 Mk. ohne Bringerlohn.
Erscheint dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Samstag.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Bezugszeile 25 Pfg.
Die Reklamezeile 70 Pfg.

Filialen in Bergnassau-Scheuern, Sulzbach, Obernhof, Attenhausen, Schweighausen, Hömberg, Eilsenbütte.

Telegramme: Buchdruckerei Nassaulahn.

Fernsprecheransluß Nr. 24.

Nr. 148

Druck und Verlag:
Buchdr. Feinr. Müller, Nassau (Bahn).

Donnerstag, 12. Dezember 1918.

Verantwortung:
Arthur Müller, Nassau (Bahn).

41. Jahrg

Ein angebliches Gespräch mit dem Kronprinzen.

Amsterdam, 5. Dezember. WTB Nach einer Reutersmeldung aus New York hatte der hiesige Korrespondent der „Associated Press“ am Montag eine Unterredung mit dem früheren deutschen Kronprinzen auf der Insel Wieringen, in der Kronprinz u. a. sagte:

„Er habe auf nichts verzichtet und kein Dokument unterzeichnet; aber wenn die deutsche Regierung eine Republik nach amerikanischem oder französischem Muster beschließen wolle, so würde er sich mit der Stellung eines einfachen deutschen Bürgers vollständig zufrieden geben und bereit sein, im Interesse seines Landes alles zu tun.“

Auf die Frage, was er für den Wendepunkt im Kriege betrachte, sagte der Kronprinz:

„Seine Ueberzeugung sei, daß Deutschland den Krieg Anfang Oktober 1914 verloren habe. Er habe die Lage Deutschlands nach der Schlacht an der Marne, die Deutschland nicht verloren haben würde, wenn die Generalstabschefs nicht nervös geworden wären, für hoffnungslos gehalten. Er habe damals versucht, den Generalstab dazu zu bringen, Friedensverträge zu machen, selbst auf Kosten großer Opfer, wobei er selbst so weit habe gehen wollen, Elsass-Lothringen aufzugeben. Er habe aber zur Antwort erhalten, daß er sich mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigen und sich auf den Befehl über seine Armee beschränken solle.“

Ueber den Beginn des Krieges sagte der Kronprinz:

„Gegenüber allen bisher im Ausland verbreiteten Gerüchten erklärte er, daß er den Krieg niemals gewünscht habe. Von Anfang an sei er sicher gewesen, daß England an dem Kampf teilnehmen werde. Aber seine Ansicht sei von Prinzen Heinrich und den Hohenzollern nicht geteilt worden.“

Der Kronprinz sprach mit Erbitterung über die Arbeit des Generalstabs, die, wie er sagte, für eine Anzahl von Irrtümern verantwortlich seien, darunter für die große Märzoffensive dieses Jahres, an der im Widerspruch zu seiner eigenen Ueberzeugung er habe teilnehmen müssen. Er erklärte ferner, daß Ludendorff, die Haupttriebfeder der deutschen Kriegspolitik gewesen sei, während Hindenburg nur dem Namen nach der Leiter gewesen sei.

Ludendorff und sein Stab habe die feindlichen Truppen fortwährend unterschätzt. Sie hätten nie geglaubt, daß Amerika so viele Soldaten senden würde, wie es tatsächlich tat.

Zum Schluß erklärte der Kronprinz, daß er Wilson bewundere, der — dessen sei er sicher — dem deutschen Volk einen gerechten Frieden bringen wird.

Die Berliner Unruhen.

Berlin, 7. Dezember. Die Erregung über die gestrigen Vorgänge steigert sich innerhalb der Sozialdemokratie bis zur Siedehitze. Die Unabhängigen treten nunmehr mit der Spartakusgruppe in eine geschlossene Front mit der Mehrheitspartei, der sie einzig und allein die Schuld aufbürden. Die Freiheit und die Rote Fahne hegen in gehäuften Supplikationen gegen die Scheidemänner. Der Vorwärts beschwört in der Abwehr das Gespenst des Bürgerkrieges und warnt eindringlich zu Recht und Ordnung. Es besteht wenig Aussicht, daß er durchdringt. Schon heute besetzen Hausen von Unabhängigen und Spartakusleuten Punkte der Stadt mit Maschinengewehren.

Berlin, 9. Dezember. Im Hotel Bristol wurden, wie das Berliner Tageblatt berichtet, 22 Personen verhaftet, die der Urheberchaft des Putzsches gegen den Völkerrat verdächtig sein sollen. Nach der Berliner Korrespondenz sind es Offiziere, Philosophen und Ärzte.

Arbeitsgelegenheit.

Berlin, 7. Dez. Das Ministerium der öffentlichen Arbeiten hat, wie die „Deutsche Allgemeine Ztg.“ schreibt, großzügige Maßnahmen ergriffen, um durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit an seinem Telle wirksam mitzuhelfen an dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens und es wieder in Gang zu bringen.

Neue Aufgaben des Reichswirtschaftsamtes.

Eine besondere Stelle für Rohlenbewirtschaftung. Im Reichswirtschaftsamte werden, wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, verschiedene neue Referate vorbereitet, die sich besonderen wirtschaftlichen Fragen im Interesse der Industrie und des ganzen Wirtschaftslebens widmen sollen. Es handelt sich dabei, wie

ausdrücklich hervorgehoben sein mag, nicht um Eingriffe in das Wirtschaftsleben, sondern um das Zusammenfassen von technisch-wirtschaftlichen Hilfsmitteln, die bisher zerstreut waren und dadurch nicht zur vollen Wirkung kommen konnten, also um die Durchsetzung ganz neuer Probleme.

Zunächst wird ein besonderes Referat für Rohlenforschung und Rohlenteknik eingerichtet werden. Es sollen die neuesten wirtschaftlichen und technischen Erfindungen in der Rohlenproduktion zentral ausgenützt und dadurch die ganze Rohlenwirtschaft intensiver gestaltet werden.

Neue Fahrpreiserhöhung.

In einer Rede teilte der preussische Minister Hirsch im Berliner Schriftstellereverein mit, daß der preussische Etat an Stelle eines Ueberflusses von 127 Millionen Mark einen Fehlbetrag von 1 1/2 Milliarden aufweisen werde. In nächster Zeit wird daher eine Fahrpreiserhöhung von mindestens 60 Prozent eintreten.

Keine Vermögensbeschlagnahme.

Die Allierten werden eine Beschlagnahme oder teilweise Einziehung der Privatvermögen und Kapitalien in Deutschland durch eine sozialistische Regierung nicht zulassen, da diese Kapitalien zu dem finanziellen Unterpfand der Allierten für die Schadenersatzansprüche in Deutschland gehören.

Die Zurückhaltung der Jahrgänge 1896-99.

Berlin, 7. Dezember. Von vielen Seiten werden beunruhigende Nachrichten über das Festhalten der Jahrgänge 1896-99 beim Herre laßt. Hierzu teilt das Kriegsministerium folgendes mit: Die Zurückhaltung der Jahrgänge 96-99 dient den Bedürfnissen der Uebergangszeit. Die Entlassung der Jahrgänge 96-97 ist selbstverständlich und wird sich den übrigen Jahrgängen anschließen. Sie sollen keinen Tag länger gehalten werden, als es den Gang der Demobilisierung und besonders auch der Abbefferung der Gefangenen erfordert. Es ist zu hoffen, daß mit der Entlassung des Jahrgangs 96 Anfang Januar begonnen wird, und daß auch die Entlassung des Jahrgangs 97 noch im Februar beginnen kann. Ueber die Jahrgänge 98 und 99 wird die Regierung dann befinden.

Die linksrheinischen Wehrpflichtigen.

Berlin, 9. Dez. Linksrheinisch beheimatete Wehrpflichtige dürfen, auch wenn sie im Besitz ihrer Entlassungspapiere sind, das besetzte Gebiet nur in Zivilkleidung betreten. Tragen sie Uniform, so werden sie als Kriegsgefangene behandelt.

Deutsche Waffenstillstandskommission.
Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

Die Verhaftung der rheinischen Großindustriellen.

Berlin, 10. Dezember. Die im Rheinland verhafteten Großindustriellen, die beiden Thyssen und der Sohn von Hugo Stinnes, waren gestern Nacht in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Sie sind bereits gerichtlich vernommen. Der Verdacht des Hochverrats hat sich nicht bestätigt. Ihre Freilassung kann stündlich erwartet werden. Die Reichsregierung hat sich unverzüglich an den Mährischen Arbeiter- und Soldatenrat gewandt, um dessen Vorstellung und die Begründung seiner Handlungsweise einzuholen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß diese Verhaftungen nicht aufrechtzuerhalten sind, wenn nicht tatsächliche Beweise für die den Industriellen zur Last gelegten Handlungen vorhanden sind. In der Sache fand heute morgen eine Konferenz im Justizministerium statt, an der außer dem Justizminister Dr. Rosenfeld drei Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrats von Mähle a. d. Ruhr sowie der dortige Oberbürgermeister Lemke teilnahmen.

Die deutschen Truppen aus der Ukraine.

Berlin, 9. Dezember. WTB Die Räumungen im Osten werden fortgesetzt. Die ersten Truppentransporte aus der Ukraine sind in der Heimat angekommen.

Der Brand von Löwen.

Bern, 9. Dez. In der Daily News tritt William Archer der Ansicht entgegen, als ob

der General v. Manteuffel für den Brand von Löwen verantwortlich zu machen sei. Auch die belgische Darstellung vermöge keinen überzeugenden Beweis zu erbringen, daß die Schreckensnacht vorher geplant gewesen sei. Wahrscheinlich sei sie die Folge einer plötzlichen Panik, die unter den deutschen Truppen ausgebrochen sei.

Die französische Verwaltung in Elsass-Lothringen.

Hern, 8. Dez. Das französische Amtsblatt veröffentlicht unter dem 6. eine Reihe von Verordnungen für die vorläufige Verwaltung in Elsass-Lothringen. Unter anderem wird dadurch jeder Handel mit den Mittelmächten verboten. Die Gerichtsbeamten sind bis auf weiteres ihrer Amtsführung enthoben; zuständig sind nur die Kriegsgerichte. Die Eisenbahnen werden von einem Ausschuss geleitet, Beamte und Arbeiterpersonal bleiben im Dienst und werden der französischen Eisenbahnverwaltung unterstellt. Banken und Kreditinstitute haben zum 30. Dezember mitternacht die Bilanz abzuschließen. Die Populäre betont: Als Sozialisten müssen wir den Grundfragen treu bleiben, daß die Wähler über sich selbst verfügen müssen. Auch das wohlverstandene Interesse Frankreichs würde mehr von einer Volksabstimmung haben.

Ententebefragung in Berlin.

Berlin, 10. Dez. Der Vertreter des „New York Herald“ hält die Meinung von der Befragung Berlins für sicher und glaubt, daß sie bis zur Unterzeichnung des Weltfriedensvertrages dauern wird.

Am 15. Januar soll die Konferenz über den Vorfrieden unter Zuglehung deutscher Unterhändler beginnen.

Genf, 10. Dez. Unmittelbar nach der Ankunft Wilsons in Paris wird die Frage einer Einrichtung einer aus Entente-Truppen bestehenden Befehlsabteilung für Berlin und Umgebung geklärt werden.

Wilson erklärte vor seiner Abreise: „Ich werde bemüht sein, meine Haltung mit den 14 Punkten, die ich aufgestellt habe, in Einklang zu bringen.“

Die Amerikaner in Koblenz.

In der gestrigen Sitzung des Arbeiterrates machte Oberbürgermeister Klostermann folgende Mitteilungen: Nach den Erklärungen der amerikanischen Kommission bleibt der Verkehr zwischen den beiden Rheinufeln unbehindert. Das bürgerliche Leben erfährt keine Eingriffe; politische Versammlungen usw. werden gestattet, wenn die Bevölkerung den Weisungen des Kommandanten nachkommt. Requisitionen wird die amerikanische Armee nur vornehmen für den Fall, daß der Nachschub gestört wird. Die Amerikaner haben sich damit einverstanden erklärt, daß das Bekleidungsamt unter Leitung der Stadt weiterarbeitet. Deutscher Brückenkopfkommisssar ist der Oberpräsident der Rheinprovinz.

Seit gestern mittag 12 Uhr ist der Bahnverkehr zwischen Niederlahnstein und Koblenz gesperrt. Postsendungen nach dem linksrheinischen Gebiet werden vorläufig nicht mehr angenommen.

Koblenz, 8. Dezember. Der Oberbürgermeister Klostermann erklärt eine Bekanntmachung, in der es u. a. heißt: Die amerikanische Kommission hat mitgeteilt, daß das bürgerliche Leben ruhig seinen Weg gehen solle und von der amerikanischen Befehlsabteilung in keiner Weise gestört werde. Voraussetzung ist selbstverständlich, daß nicht die geringste Störung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung vorkommt. Die Polizeistunde ist bis auf weiteres auf 11 Uhr festgesetzt. Die Schutzpatronen und Mitglieder des Jagdschützenvereins ihre Jagdwaffen und die dazu gehörige Munition behalten.

Berlin, 9. Dezember. Am 12. Dezember werden in Erier, die Bepflegungen der Waffenstillstandskommission fortgesetzt. Erler ist jetzt von den Amerikanern besetzt. Man nimmt an, daß bis zum 12. Dezember das Oberkommando des Verbandes dort eintrifft.

Berlin, 7. Dezember. WTB Am 23. November begann auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen der Abtransport der in Holland internierten deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen und anderweitig Internierten. Es sind bisher etwa 3200 Internierte über das Heimkehrlager Bremen in die Heimat zurückgekehrt. Es ist zu erwarten, daß kurz vor Weihnachten ganz Holland geräumt sein wird.

Hamburg, 9. Dezember. Der U.-S.-R. hat vom 1. Januar an den Wegfall des Religionsunterrichts in den Schulen verfügt.

Mainz, 8. Dezember. Am 8. Dezember nachmittags kam die französische Vorkommission zur Prüfung der Grenze des Brückenkopfes hier an. Die deutschen Militärpersonen haben die feindliche Offiziere zu grüßen.

Mainz, 9. Dezember. Als Vorbesetzung von Mainz ist das französische Infanterieregiment Nr. 154 hier von Saarbrücken am Montagmittag eingetroffen und hat Kasernenquartier bezogen. Bisher besteht nur Bahnsperrung.

Einführung der französischen (westeuropäischen) Zeit im besetzten linksrheinischen Gebiet. In der Nacht vom 14. zum 15. Dezember d. Js. wird im besetzten linksrheinischen Gebiet im Eisenbahnbetriebe die französische (westeuropäische) Zeit eingeführt. Die Einführung geschieht in der Weise, daß am 15. Dezember, früh 3 Uhr, die Bahnuhren von 3 auf 2 Uhr zurückgestellt werden. Von der dadurch erscheinenden Doppelstunde von 2 bis 3 Uhr nachts wird die erste mit MEZ, die zweite mit WEZ bezeichnet werden.

Stolberg, 7. Dezember. WTB. Die hiesige Befragung besteht aus Amerikanern, Belgiern und Engländern. Dem Personal des Fernsprechverkehrs ist aufgegeben worden, auf seinem Posten zu verbleiben.

Stolberg, 7. Dezember. Einem Vertreter der hiesigen Presse sagte Oberst Gracia mit der Aufforderung, es zu veröffentlichen, folgendes: Wir sind hier, um Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, die Bürger und die Stadt zu schützen und Plünderungen und Verbrechen zu verhindern. Meine Anordnungen sind streng und ich erwarte genaueste Befolgung. Alles hängt von dem Verhalten der Bevölkerung ab. Ist es gut, dann werden schon bald Erleichterungen eintreten.

Generaloberst v. Heeringen, der frühere Kriegsminister, wurde zum Präsidenten des Deutschen Kriegerbundes und des preussischen Landeskriegervereins gewählt.

Die neue Amtssprache.

Berlin, 5. Dezember. Jede Revolution hat ihre sprachlichen Rückwirkungen; mit den neuen Schichten kommt ein neuer Geist auf, der sich in einer anderen Sprache ausdrückt. Das prägt sich immer gleich deutlich in einem sonst scheinbar so farblosen und glatten Ding aus, wie die Amtssprache ist, die sich in Revolutionen sofort wandelt, wie man's heute in Berlin bemerkt. Die Titel werden anders, die Anredeformen häuten sich, die Erlasse der Regierung suchen mit neuen Formen, die manchmal ganz alte sind, Eindruck zu machen, man will mit Pathos wirken, die Töne, die man anschlägt sind kräftiger, urtümlicher. Die Anrede Arbeiter, Bürger, Soldaten, blickt einem heute von allen Lifschäulen Berlins entgegen, früher war das ganz einfach Bevölkerung. Bevölkerung hat einen statischen Anhauch, man steht hinter dem Worte eine endlose wimmelnde Masse, die aber stramm steht und Spalier bildet. Jetzt ist das anders, die drei hauptsächlichsten Stände des Landes werden besonders angesprochen, in den Anredeformen ist durch die Revolution der Berliner Gang zu Rärze und Einfachheit noch verstärkt worden. In den Ministerien wird der Titel Erzseizenz immer seltener, man redet den Unterstaatssekretär einfach an, mit Herrn Staatssekretär oder Herr Doktor und dergleichen. Ein Leben ganz ohne Titel ist uns selbstverständlich unumgänglich; die neue Schicht ist eben nur mit ihren Titeln die alte ab. Auch die Schlagworte, die das öffentliche Leben ja braucht, haben sich geändert. In dieser Beziehung gibt es heute charakteristische Unterschiede gegen früher, insbesondere gegen 1848. Das Schlagwort mit dem die deutsche Republik von 1848 bei dem Badener Aufstand von Struwe sich einfährte, hieß Bildung, Freiheit und Wohlstand für alle. Das stand vor allen Erlässen und auf allen Banknoten der kurzlebigen deutschen Republik. Heute steht man auf den Transparenten und öffentlichen Emblemen, mit denen die heimkehrenden Soldaten in Berlin empfangen werden, die Worte Friede und Freiheit. Programme reden immer die Sprache der jeweiligen Sehnsucht, damals wie heute.

Provinzielle Nachrichten.

Nassau, 10. Dez. In dem schon vor der festgesetzten Zeit gefüllten großen Saale der Fortsetzung auf Seite 4.

Die künftige Gestaltung Deutschlands.

Von geklärt Seite werden für die künftige Gestaltung Deutschlands Vorschläge gemacht, die mindestens Beachtung verdienen. Es heißt in diesen Ausführungen:

Trotz aller Widerstreben scheint die Regierung der Einberufung der Nationalversammlung näherzutreten zu wollen. Es bleibt ihr auch kaum etwas anderes übrig, wenn sie einerseits den bisherigen Reichstag nicht aufkommenberufen, andererseits die von den Entente-Staaten geforderte, bisher gänzlich fehlende geistliche Grundlage in Deutschland schaffen will.

Wie sich diese künftige Verfassung voraussichtlich gestalten wird, wollen wir unteruchen. Aber das kann man als feststehend annehmen, daß von einer Rückkehr zu den alten dynastischen Grundgesetzen keine Rede sein wird. Damit entfällt die Frage, was aus den Bundesstaaten wird; denn die verschiedenen Staaten des Deutschen Reiches hatten in ihrer Zusammenfassung eine Verbindung nur durch die Dynastien, die sie regierten. Sind aber die bisherigen Bundesstaaten in ihrer Abgrenzung nicht in sich berechtigt, so sind es doch die auf natürlichen Bedingungen beruhenden Unterschiede der deutschen Stämme. Diese zugunsten eines zentralistischen Reiches ignorieren zu wollen, hieße die deutsche Eigenart verkennen, die von jeder des Autokratie-Systems als das einzig mögliche erkannt hat.

Als ein wichtiges Moment ist ferner die künftige Finanzgestaltung Deutschlands nicht außer acht zu lassen. Schon vor zwei Jahren mußte jedem klar werden, daß die bisherige Bundesstaatliche Verfassung den Deutschen zu teuer werden würde. Sicherlich verursachten die Dynastien mit ihren Hofhaltungen erhebliche Kosten, aber diese Kosten traten zurück gegen die außerordentlich hohen Verwaltungsausgaben. Rählten wir doch in Deutschland über 100 Ministerien der Reichs- und der Bundesstaaten mit einer entsprechend hohen Zahl von Beamten. Die Legehren haben sich seit der Revolution freilich nicht vermindert, sondern ganz außerordentlich vermehrt. Es war aber stets unrichtig, wenn man die Verwaltungskosten Deutschlands im Vergleich zu denen anderer Staaten als niedrig bezeichnete, denn man vergah immer, daß außer den Reichskosten alle die Kosten der hohen Verwaltungsstellen in den verschiedenen Bundesstaaten zu berücksichtigen gewesen wären, auch wenn sie aus dem Reichs-Einkommen bestritten wurden. Eine solche Vorkommnis kann aber das deutsche Volk nach dem Kriege nicht tragen. Es muß auf Grundsätze bedacht sein und trotzdem seine Eigentümlichkeiten bewahren. Wie dies zu erfolgen ist, läßt sich am besten durch Förderung der späteren gezielten Faktoren des Deutschen Reiches erleben, die von der Nationalversammlung zu beschließen sein werden.

An erster Linie handle der aus allgemeinen geheimen direkten Wahlen im ganzen Reich hervorgehende Reichstag, dem man, wenn man es will, auch einen anderen Namen beilegen kann. Der Reichstag würde über die der Gesamtheit des Reiches zugehörigen Angelegenheiten befinden im Einklang mit einer aus den verschiedenen Bundesstaaten hervorgehenden Repräsentation, die wir der Kürze halber mit dem bisherigen Namen Bundesrat bezeichnen wollen. Den einzelnen Bundesstaaten wäre von vornherein ein großer Teil der Souveränität des Reiches zu übertragen, insbesondere in allen Angelegenheiten kultureller Natur, also in Kirche, Schule, Bundeskultur u. dergl., während andere Verwaltungszweige, wie die auswärtigen Angelegenheiten, das Finanzwesen, das Verkehrs- und die öffentlichen Angelegenheiten des Reiches vorbehalten blieben müßten.

Als Bundesstaaten würden die Gebiete der verschiedenen deutschen Stämme erscheinen, so daß wir künftig mit der Verlegung großer Bundesstaaten in kleinere, und der Zusammenfassung kleinerer und größerer zu rechnen haben. Es würden auf diese Weise die Bundesstaaten entstehen: Rheinland, Westfalen, Thüringen, Franken, Schwaben, Bayern, Pfalz, Hessen,

Hannover oder Niederhessen, Brandenburg, Pommern, Ostpreußen, Schlesien, und andere. Kein Staat dürfte so groß bemessen sein, daß er ein Übergewicht über die anderen ausüben würde, aber auch keiner so klein, daß ihm die Befolgung spezieller Beamten für seine Landesangelegenheiten finanziell nicht möglich sein würde. Jeder dieser Teilstaaten würde ein Parlament und eine Regierung haben, an deren Spitze sich ein gewählter Präsident (Landeshauptmann) befinden würde.

Der Einwand, daß dadurch wieder die Kosten der früheren Kleinstaaterei entstehen, ist nicht stichhaltig, denn die künftigen Bundesstaaten entsprächen im allgemeinen den früheren Provinzen, die ja auch Selbstverwaltung und besondere Beamten befaßen, freilich keine Minister und keine Ministerien, die auch in Zukunft vermieden werden sollen. Aus diesen Bundesstaaten werden je zwei oder drei Delegierte in den Bundesrat entsandt. Sie können entweder aus Wahlen im Bundesstaate hervorgehen oder von den Parlamenten der Bundesstaaten aus ihrer Mitte gewählt werden.

Die Gesetzgebung würde nun wie bisher beim Reichstag und Bundesrat. Zur Beteiligung einzelner Kompetenzen zwischen dem Reich und den Bundesstaaten würde sich die Einrichtung eines Bundesgerichtshofes nach amerikanischem Muster empfehlen.

Der Thronverzicht des früheren Kaisers.

Der sowohl im Inlande wie in der ausländischen Presse aufgelaufene Zweifel, ob der frühere Deutsche Kaiser als König von Preußen den Ansprüchen auf den preussischen Thron und die damit verbundene Kaiserwürde rechtswirksam entlagt hat, ist nunmehr durch die Veröffentlichung der Erklärung vom 28. November 1918 beseitigt. Kaiser Wilhelm II. hat in dieser Urkunde „für alle Zukunft“ auf die Rechte an der Krone Preußens und die damit verbundenen Rechte an der deutschen Kaiserkrone verzichtet. Er ist damit zum einfachen Privatmann geworden, und dieser Umstand wird die Stellungnahme der holländischen Regierung gegenüber dem Andringen der Entente-Staaten auf Ausweisung des früheren Kaisers wesentlich vereinfachen.

Die Verzichtsurkunde enthält nichts über einen Verzicht des Kronprinzen oder der sonstigen Mitglieder der königlichen Familie. Dieser Vorgang beweist aber aufs neue, wie notwendig es ist, die staatsrechtlichen Verhältnisse des Deutschen Reiches und Preußens in aller Schnelligkeit wieder auf eine verfassungsmäßige Grundlage zu stellen. Durch die Erklärung des Deutschen Reiches und Preußens zu Volksstaaten können die Rechte der Thronfolger als beilegt angesehen werden. Diese Gestaltung beruht aber auf den augenblicklichen, nur auf die Macht gestützten tatsächlichen Verhältnissen und bedarf unbedingt der rechtlichen Fundamentierung. In je'm bürgerlichen Rechtskreis gegen die Staatskasse kann mit Hinweis auf die Ausschaltung der Verfassung die Legitimation der Vertreter des Fiskus angezweifelt werden, und dann wäre das Zivilgericht gezwungen, mittelbar über die Rechtmäßigkeit der gegenwärtigen Verfassungsbasis zu entscheiden.

Kaiser Wilhelm II. ist der zweite brandenburgische Herrscher, der sich des Rechts auf die Krone entäußert. Das gleiche tat sein Vorfahr, der kinderlose Kurfürst II. im Jahre 1470. Der damaligen Auffassung entsprechend, verband dieser mit seiner Thronentlassung die Abtreibung an seinen Bruder, den Markgrafen Albrecht Achilles, und dessen Erben. Schon damals war es zweifelhaft, ob ein Herrscher sich ohne weiteres von der Krone zurückziehen und einen anderen als Nachfolger einsetzen konnte. Kurfürst Friedrich ließ sich daher von den Ständen versprechen, daß sie seinem Bruder und Nachfolger huldigen würden. In den letzten verfloßenen 450 Jahren ist nur noch einmal von einem preussischen Herrscher die Absicht geäußert worden, auf den Thron zu verzichten, nämlich von König Wilhelm I. im Jahre 1862. Bisward berichtet in seinen „Gedanken und Er-

innerungen“, daß die Verzichtsurkunde bereits geschrieben war, und daß er den König erst umgesehen hatte.

In der Verzichtsurkunde ist aber noch eine weitere wichtige Forderung enthalten, nämlich die Freigabe der Reichs- und Staatsbeamten sowie aller Militärs von dem dem Kaiser und Könige Wilhelm II. geleisteten Treueid. Dadurch wird mancher Beamte und Militär von Gewissensbedenken befreit werden, die bisher bestanden haben. Die neue Regierung hat von ihnen noch kein Treuegeldbillet verlangt. Eine Verpflichtung ziemlich formloser Natur scheint bisher nur in den Ministerien von den neu einsetzenden Vorständen vorgenommen worden zu sein. Nunmehr wird sich der förmlichen Verpflichtung der Beamten und Militärs auf die neue Regierung keine Schwierigkeit mehr entgegenstellen, besonders wenn die in Bayern gewählte Formel benutzt wird: „Wir verpflichten uns, dem Volksstaate unter Wahrung unserer Gewissenhaftigkeit und Abgrenzung freiwillig und ausschließlich im Interesse der Gesamtheit unsere Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen.“ Ein solches durch Handschlag bekräftigtes Gelöbniß könnte jeder Beamte und jeder Militärperson ohne Gewissensbedenken ablegen, sofern er überhaupt sich in die neuen Verhältnisse einzufügen bereit ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

*Marshall Koch hat die Grenzperre über Elb-Lothringen verhängt, und zwar unter Einbeziehung der preussischen Gebiete um Saarbrücken und Saarbrücken. Diese Grenzperre bedeutet eine der schärfsten Verletzungen der Waffenstillstandsbedingungen, die die französische Regierung sich bis jetzt hat zuschulden kommen lassen. Sie kann nur aufgeführt werden als der Versuch einer tatsächlichen Annexion entgegen allen Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages.

*Wie von zuverlässiger Seite verlautet, steht eine gründliche Umgestaltung des Auswärtigen Amtes bevor. Ob die einschneidenden tatsächlichen Veränderungen auch solche persönliche Natur zur Folge haben werden, läßt sich noch nicht beurteilen.

*Der Reichstagsabgeordnete Dr. Ablass berichtete in einer Rede in Schönan über ein Gespräch mit Hindenburg. Dieser sagte, früher habe er in seinem Lande etwas gepöbeln, heute sei das vorüber. Er habe aber das Empfinden, seine Pflicht getan zu haben. Im Osten habe er den Feind geschlagen, im Westen sei dieser ferngehalten vom deutschen Boden. Mehr habe er nicht tun können. Daß es anders gekommen sei — wer wisse, wozu das gut sei?

Frankreich.

*Während der Anwesenheit des englischen Königs in Paris ist ein neuer englisch-französischer Sondervertrag abgeschlossen worden. Wie die Regierungspresse behauptet, besteht er aus zwei Teilen. Sie betreffen das Verhalten während der Vorfriedensverhandlungen und Abmachungen für eine bestimmte Zeit nach Friedensschluß. „Main“ meint, es handle sich auch um eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands und Österreichs. Man würde in Paris und London eine Bewegung beabsichtigen, die auf Zusammenstoß aller vorwiegend von Katholiken bewohnten deutschen Gebiete abzielen sollte.

England.

*Der parlamentarische Mitarbeiter der Daily News' sagte, daß folgende Vorschläge für Schadenerlag-Verstärkungen von den Ministern gemacht wurden: 1. Während einer Reihe von Jahren soll Schadenerlag in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Diese werden auf 2 bis 2½ Milliarden Pfund Sterling berechnet. 2. Sämtliche vernichteten Häuser in den Städten dieser Gebiete müssen von deutschen Arbeitern aufgebaut und das zu dem Wiederaufbau notwendige Material von

deutschen Arbeitern geliefert werden. 3. Soll Schadenerlag für den vernichteten Schiffbau geleistet werden. 4. Nach dem Schadenerlage für Belgien und Frankreich ist eine Entschädigung für sonstige Verluste zu zahlen. 5. Alles in Deutschland vorhandene Gold wird den Ministern ausgeliefert. 6. Von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren beibehalten werden muß. Außerdem ist die deutsche Kohlenproduktion unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen. 7. Die Verheerungen in Italien, Serbien und Rumänien sind gleichfalls wieder gutzumachen.

*Die Daily News' erfahren, daß das englische Kriegskabinett den Bericht besprochen hat, worin die Reichslandveränderungen der Krone die gezielten Maßnahmen zusammengefaßt haben, die die Alliierten ergreifen können, um von Holland die Auslieferung Wilhelms II. zu erreichen. Grundätzlich scheinen die Regierungen der alliierten Länder der Meinung zu sein, daß die Auslieferung des früheren Kaisers gefordert werden muß.

*Wie der „Manchester Guardian“ erfährt, haben die Leiter der jüdischen Bewegung die Zustimmung erhalten, daß sie bei der Behandlung der Frage der Zukunft Palästinas auf der Friedenskonferenz Gelegenheit erhalten werden, die jüdischen Ansprüche auf dieses Land geltend zu machen. Es ist beabsichtigt, demnächst in London einen jüdischen Kongress zu eröffnen, auf dem neben der Frage Palästinas die Lage der Juden in gewissen Ländern, z. B. Polen, erörtert werden soll.

Italien.

*Ein aus Venedig und Mailand zurückgekehrter Triester Sozialistenführer erklärt, die Meldungen über eine revolutionäre Bewegung in Italien entsprächen nicht den Tatsachen. Das italienische Volk befinde sich in einem Stagnationszustand. Gegenwärtig würde daher jeder Republikaner Schiffsbruch erleiden, der eine Nachahmung der deutschen Vorgänge empfehlen wollte.

Amerika.

*Nach einer Meldung der „Albionischen Zeitung“ erfährt das Holländische Neutours Bureau: In Washingtoner Kreisen wurde der Plan erwogen, die deutschen Kriegsschiffe zu vernichten, weil dann wegen der Art ihrer Verteilung kein Streit unter den Alliierten entstehen könnte. Nachdem man nun aber die Ansicht gewonnen hat, daß eine Einigkeit erzielt werden kann, will man von der Verfertigung absehen, zumal die Schiffe einen sehr großen Wert haben. Sie können schließlich auch ihr Friedenswende umgebaut werden.

Von Nah und fern.

Gestohlene kaiserliche Juwelen. In Christiania hat die Polizei bei einem gewissen Johann Nagurski ein goldenes Kästchen mit Diamanten beschlagnahmt, das die Initialen Kaiser Franz Joseph trägt, und ein ähnliches Kästchen mit dem Namenzug Kaiser Wilhelm, ferner ein goldenes Zigarren-Gut mit dem kaiserlich-deutschen und russischen Wappen. Die beschlagnahmten Gegenstände sind etwa 600 000 Kronen wert.

Die Wilddieberei hat in einer Weise überhandgenommen, daß der gesamte Wildbestand der Gegend ausgelegt ist, vernichtet zu werden. Während kein Wild in den Großwäldern zu haben ist, ziehen Wildschützen draußen alles fort, was ihnen vor die Nässe, den Mauerstacheln und das Militärgewehr kommt. Im Jagdrevier des ehemaligen Kaisers bei Dransburg wird besonders schlimm gemordet. Vier Wälder, mit Gewehren und Dumdumgeschossen ausgerüstet, konnten kürzlich von Gendarmen erwischt werden, als sie mit gestohlenen Säden heimkehrten.

Von Einbrechern erschossen. Im Bahnhofsgebäude 232 der Linie Thorn-Insterburg, in der Nähe des Gütes Gleserode, Kreis Thorn, wurde der Bahnwärter Teichte, der zwei Einbrecher beim Stehlen eines Schweines überfallen hatte, von dem einen erschossen. Die Täter sind unerkannt entkommen.

In bösem Schein.

8) Kriminalroman von Heinrich Lea.

(Fortsetzung.)

Hollfeld blieb stehen. Er sah vor sich hin nach den Dächern der Stadt. Vorhin waren es kleine Flämmchen gewesen; weit aus der Ferne, fast unmerklich hatten sie zu ihm herübergeleuchtet — jetzt noch wenige Schritte und er war am Ziel.

Doch wie?

Etwas hatte er in seiner Rechnung ver-

gessen. Und er dachte wieder an den Schrei, der ihn erschlägt war, an diesen Schrei, mit dem sie ohnmächtig in seinen Armen zusammengebrochen war — in seinen Armen, die sie umschloß gehalten, während sein Blut durch seine Adern fließte. Schon zog es ihn in wilder Trunkenheit zu den blutgewordenen Lippen nieder, aber im letzten Augenblick entriß er sich noch den Krallen seines Dämons. Alles wäre verloren gewesen.

Neuer Schrei! Ohne Unterlaß hatte er sich in diesen Tagen damit beschäftigt. Gearbeitet, sein Hirn darüber hatte er gezüchtet. Es war ganz umsonst. Er stand vor diesem Schrei wie vor einem unüberwindlichen Mäusel.

Sollte Hand sein, daß er nicht ihrem Schmerz um den Vater gekollert hatte. Noch einmal, um hundertsten, zum tausendsten Male rief er sich alle Einzelheiten des Vorganges, wie sie eingebrannt in seinem Gedächtnis standen, zurück. Erst ihre wortlose Erklärung bei dem Empfang der Todesnachricht. Dann die Gäß-

mit der sie an ihm vorbeistrafte, um den Toten zu sehen. Das Dienstmädchen, das ihr im Hause entgegengeleitet kam mit dem Ruf: „Der Herr ist ermordet!“ Ihr Entsetzen, aber zugleich auch ihre Fassung, mit der sie die näheren Umstände zu hören verlangte. Dann ihre Frage nach dem Mörder, und als ihr die Antwort wurde, man habe von ihm noch nicht die geringste Spur, ihr Blick, in dem plötzlich etwas anzukundem schien, etwas Furchterregendes, und gleich darauf der Schrei, ihr Zusammenbrechen, dann erwachte sie und noch einmal schien sie sich des Gedankens, der aus ihrem Blick, aus ihrem Schrei gesprochen hatte, zu entsinnen, aber nun war es, als schüttelte sie ihn von sich wie etwas, das zu graulich war, als daß es sich ausdenken ließ. Und dennoch und trotzdem! Dieser Gedanke wollte nicht weichen von ihr, immer von neuem umflammerte er sie, quälte und folterte sie. Dafür hatte Hollfeld jetzt den Beweis — ihre Frage heute abend, die Frage, um derenwillen sie ihn auf dem Friedhofe gebeten hatte, ihr in ihr Haus zu folgen. Aber dann war sie, von einem inneren Kampfe ergriff, abermals verstümmelt. Sie wußte etwas. Und wenn dies der Fall war, warum schämte sie? Galt es nicht den Mörder ihres Vaters? War es also nicht doppelt ihre Pflicht, zu reden? Welche Rücksichten konnten so stark sein, daß sie dadurch von dieser Pflicht zurückgehalten wurde und wie verrückt sich das mit ihrem Gewissen? Sah er nicht, wie es sie folterte? Warum bestreite sie sich also nicht von dieser Pein? Und ferner, wenn es —

wie sie halb in ihren qualvollen Zweifeln ja selbst annehmen schien — nur ein Irrtum war, der sie heintrübte, warum gewann sie es dann erst recht nicht über sich, durch ein Geständnis sich davon loszumachen? — Warum?

Hollfeld hatte sich auf eine Bank niedergelassen, die hier, wo die Landstraße in eine klammerliche zur Stadt schon gehörige Promenadenanlage einmündete, am Wege stand.

Er kann nicht. Wenn sie schämte, so konnte der einzige Grund, der sie dazu veranlaßte, nur die Rücksicht auf eine andere, eine fremde Person sein. Eine Person, die sie schon wollte, die ihr also nahe stand, die ihr wert war oder doch zum mindesten wert gewesen war. Wer aber sollte diese Person sein? Sie stand mit niemand im Verkehr; von den Personen, die zu ihr ins Haus kamen, kannte er jede einzelne und keine von diesen konnte in Betracht kommen.

Hollfeld hielt plötzlich in seinem Gedankengange inne. Es tauchte jetzt etwas in seiner Erinnerung auf, eine Meinung, der er bisher nicht die geringste Bedeutung beigemessen hatte und die unter anderen Umständen auch längst seinem Gedächtnis schon wieder entflüchten wäre. Nur weil es „sie“ betraf, so hatte es sich, wie auch das geringste, wobei sie im Spiel war, in ihm festgesetzt. Es war an jenem Nordtage gewesen, am Vormittag. Er befand sich in einem der Fabriksäle und war zufällig einen Blick durchs Fenster. Da erblickte er Menate! Sie kam aus der der Stadt entgegengelegten Richtung wieder auf

ihrem Rade angerollt, und ihm fiel auf, daß sie keine Kopfbedeckung hatte. Sie trug sonst stets ein rotes Mäuschen, an dem eine schwarze Troddel hing. Sie wird es verloren haben, hatte er sich gedacht. Jetzt, mit einem Male dachte er anders darüber. Verloren — seine Kopfbedeckung verlor man nicht. Auch der Wind konnte sie ihr nicht entziehen haben, es war an dem heißen Tage ganz windstill gewesen. Wäre die Mäuse vom Kopfe gefallen, — sie hätte sie wieder aufgehoben. Nein, sie hatte die Mäuse irgendwo im Stuhl gelassen, als hätte sie es sehr eilig gehabt, aber als wäre etwas vorgegangen, was sie so erecht hatte, daß sie nicht eher an den Verlust gedacht oder ihn vermisst hätte, als bis es zu spät war. Damit stimmte auch das haltige Tempo, in dem sie, wie ihm nun gleichfalls befiel, angefahren kam.

Hollfeld fuhr aus seinem Bräsen auf. Wie ein Blitzstrahl wurde es durch das Dunkel um ihn her durch sein Gehirn. Er brauchte nur an das zu denken, was er selbst an jenem Nordtage erlebt und dessen er selbst Zeuge gewesen war. Nur an sein eigenes Geheimnis brauchte er zu denken — und einen Augenblick lang wandelten sich seine Gedanken, während ein köhnliches Rätseln auf sein Gehirn trat, wieder diesem Herrn Unterfuchungsdichter zu. Nicht alles, was er von den Vorgängen an jenem Nordtage wußte, hatte er diesem Herrn gefunden. Nur das hatte er aufgefunden, um was er ausdrücklich von ihm befragt worden war. Allerdings, es konnte der Augenblick eintreten, zum Beispiel, wenn es zur öffentlichen Verhandlung kam, daß

Die Mäuerbande als Soldatenrat.

Unter dem Deckmantel eines AER hat eine aus zwölf Soldaten bestehende Mäuerbande in Grönan bei Berlin mehrere Tage ihr Unwesen zu treiben verstanden. Aus Mannschaften des dortigen Depots der Nachrichtentruppen bildete sich unter dem Vorhinein eines Witzfeldwebers Schadow ein sogenannter wilder Soldatenrat. Die Leute beschlagnahmten zunächst die Kasse des Depots, in der sich noch 70 000 bis 75 000 Mark befanden, und begannen dann die ihnen anvertrauten Waren zu veräußern. Nachdem dies geschehen, freiteten sie die Umgebung ab und einnahmen aus Bauernhöfen und Speichern gegen Revolutionssteuern, die den Stempel Arbeiter- und Soldatenrat Grönan trugen, Lebensmittel aller Art. Damit nicht genug, veranstaltete der falsche Soldatenrat nachts förmliche Raubzüge innerhalb der Gemeinde. Auf die Klagen der Bürgerlichkeit rief der Gemeindevorstand Grönan den AER Adlershof um Hilfe an, der seine Sicherheitswache entsandte. Es gelang, einige der Gauner noch zu fassen. Die anderen hatten sich mit ihrem Führer unter Mithahme der erbeuteten Gelder aus dem Staube gemacht.

Fleischhühner. Der Fleischhühner nimmt in den östlichen Kreisen Preußens immer bedrohlicheren Umfang an. In einzelnen Orten der Provinz Posen übertrifft die Zahl der Erkrankungen schon jetzt diejenige des Jahres 1915 um ein erhebliches. Die Ursache dieser Erscheinung ist der völlige Zusammenbruch des Entlausungsdienstes an unterer Ökonomie, nachdem die polnischen Ärzte in größerer Zahl ihren Dienst verlassen und in Soldaten- und Arbeiterregimenten sich vollständig der Politik zugewandt haben, während der Übertritt von demobilisierten Soldaten und Banden über die Grenze ganz ungehindert vor sich geht.

Eine Sammelstelle für Erfahrungen mit Erbschaften ist in der Kgl. Maschinenbauanstalt in Offen eingerichtet worden. Die Sammelstelle beabsichtigt die Sammlung von Probeblättern sämtlicher Druckschriften und sonstiger Berichte über Erbschaften und von Probeblättern aus Erbschaften, über die praktische Erfahrungen vorliegen, ferner die Verbeizung des Reinigungsansatzes über vorliegende Erfahrungen.

Zwölf Pockenkrankungen in Dresden. Im Friedrichshof Krankenhaus in Dresden ist ein Pockenfall vorgekommen, der leider nicht erkannt wurde. Infolgedessen steckten sich zwei Pflegerinnen und bald darauf fünf weitere Personen im Krankenhaus an. Außerhalb des Krankenhauses sind bisher schon vier neue Fälle an Pocken zu verzeichnen. Alle diese Erkrankungen nehmen vorläufig einen leichten Verlauf. Umfassende Abwehrmaßnahmen sind sofort getroffen worden.

Kampf mit Zigeunern. In der Gemeinde Walsleben ereignen sich Zigeuner bei Bauern Nahrungsmittele. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Gendarmen und den Erpressern. Die Gendarmen mußten jedoch der Übermacht weichen. Der angerufene Rittmeister Soldatenrat landete eine fünfzehn Mann starke Abteilung mit Maschinengewehren aus, die 38 Zigeuner töteten.

Gefährliches Spiel. Aus München wird gemeldet: Aus dem Truppenübungsplatz der Wimmerwieser hat sich ein schweres Unglück ereignet. Eine Anzahl Kinder, die mit aufgefundenen Sprengkörpern spielten und dabei zur Entzündung brachten, wurden so schwer verletzt, daß vier Knaben ihren Verwundungen erliegen sind.

Bei einer Pulverexplosion schwer verbrannt. In Muthach in der Pfalz hat sich bei der Verladung eines größeren Quantums Pulver eine Explosion ereignet. Auf noch unangelegte Weise entzündete sich das Pulver zu früh und verursachte einen Brand, bei dem vier Arbeiterinnen schwer verbrannt wurden.

Der erste weibliche Gemeinderat in Deutsch-Ostreich. In dem Gemeinderat von Baden bei Wien wurden bei den Wahlen eine Arbeiterin gewählt, der erste weibliche Gemeinderat in Deutsch-Ostreich.

Ihm der Zeugeneid abgenommen wurde. Nun, für diesen Fall war er gewappnet. Ganz davon abgesehen aber ließen die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung erwarten, daß der Urheber der Tat niemals gefunden werden würde, so daß es nach menschlicher Voraussicht zu einer öffentlichen Verhandlung und seinem Zeugeneid überhaupt nicht kommen konnte.

Und so behielt er sein Geheimnis für sich, denn der einzige, dem es noch bekannt war, weil es ihn ja selbst betraf, der schwieg! Das war gewiss!

Was das Geheimnis Menatens betraf, so durfte er hoffen, denselben jetzt, in dieser Nacht auf den Grund gekommen zu sein — wenigstens zum Teil. Es stand im Zusammenhang mit seinem eigenen. In beiden handelte es sich um dieselbe Person. Aber das Licht, das damit in das Dunkel fiel, ließ nur erkennen, wie dicht es noch war, ja, wie undurchdringlich...

Ein plötzlicher Windstoß kam vom Felde her und wehte ihn. Es war kalt geworden, der Morgen meldete sich an. Wohl stundenlang hatte er auf dieser Bank gesessen. Er stand auf und bog in die nächste Straße ein, die gleichmäßig direkt nach seiner Wohnung führte. Magentlich hängten sich seine Gedanken an eine Frage: Was hatte dieses Verbrechen, dieser Mensch mit ihr zu schaffen? Sollte er noch einen Einfluß auf sie haben? Liebt sie ihn vielleicht noch — trotz allem, was geschehen war? War er, Martin Hollfeld, etwa nicht der einzige, der eine Nacht trug? Zeigte auch sie der Welt ein solches Gesicht?

Und wenn! Der Schein einer Laterne fiel

Revolution und Theater.

— Aus französischen und deutschen Sturmtagen. —

Die Umwälzungen der letzten Tage haben auch im Theaterleben tiefe Spuren hinterlassen, indem sie aus den deutschen Volkstheater deutsche Nationaltheater machten. Auf den Theaterzetteln der Berliner königlichen Bühnen verschwand der Adler, und anstatt der Bezeichnung Herr, Frau und Fräulein, die hier noch alten Japs noch üblich war, erschienen wie sonst überall die Schauspieler mit ihren Vornamen. Weitgehende Veränderungen in unseren Theaterbetrieb werden sich wohl mit dem Fortschreiten der neuen Zeit überhaupt entwickeln, denn Revolutionen haben stets auf der Bühne ihren getreuesten Spiegel gefunden.

Der besondere puritanische Charakter der englischen Revolution brachte es freilich mit sich, daß diese Neuordnung der Verhältnisse sich als erbitterte und unzulässige Feindschaft des Theaters zeigte. Die französische Revolution und die Revolution von 1848 aber haben die Bühne mit ihrem Geist befruchtet und den Schauspielern eine Besserung ihrer Lage gebracht. In Paris begann die Umwandlung des Theaterwesens mit der Namensänderung der bestehenden Theater. Aus dem eigentlichen Volkstheater, dem „Théâtre Français“, wurde das „Théâtre de la Nation“. Als Konkurrenz für diese keil am Alten festhaltende Bühne gründete Talma 1791 das „Théâtre de la République“. Das Theater Mollière nannte sich im Sturmjahre 1793 „Théâtre des Sansculottes“. Andere Bühnen schlossen wie Pilze aus dem Boden, und im ganzen gab es damals in Paris 45, die Namen führten wie „Théâtre der Patrioten“, „Théâtre der Freiheit und Gleichheit“, „Théâtre der republikanischen Schauspieler“, „Bühne der Vaterlandsfreunde“ usw. Selbstverständlich mußten bei dem strengen Druck, den die Revolution trotz Abschaffung der Zensur auf die Bühnen ausübte, nur Stücke gegeben werden, die dem Geist der Zeit entsprachen, und so erlitten denn den archaischen Erfolg Stücke wie „Brutus“, „Wilhelm Tell“ oder die „Schweizer Sankulotten“ und ähnliche. Der größte Erfolg des Théâtre Français war des Revolutionsdichters Marie Joseph Chenier, Karl IX. oder die Schiffe der Ränne. Dies Stück wurde von den Schauspielern der Bühne, die immer noch aristokratisch gefinnt blieben, 1790 abgelehnt und erst nach einem wüsten Kampf, der die Gemüter außerordentlich erregte, von Talma, der sich als Republikaner zu seinen Kollegen im Gegensatz behandelte, wieder auf die Bühne gebracht. Die Schauspieler des Théâtre Français wurden dann 1793 wegen der Aufführung konservativer Stücke ins Gefängnis gesteckt und waren der Guillotine zum Opfer gefallen, wenn nicht ein lebensfähiger Theaterfreund Charles de Valville, der beim Wohlstandsschick eine Verurteilung hatte, kurzzeitig die Gerichts-atten der Schauspieler vernichtet hätte. So wurde ihre Aburteilung hinausgeschoben, bis ihnen mit Robespierres Sturz nach elmsmonalischer Gefangenschaft die Stunde der Freiheit schlug.

Die große Zahl der Pariser Theater während der Revolution erklärte sich daraus, daß 1791 die Theaterfreiheit zum Gesetz wurde, während vorher ein Theater nur mit königlichen Privilegien entstehen konnte. Die Schauspieler erlangten Ende 1789 auch auf einen Antrag Moederers die bürgerliche Gleichstellung durch die Nationalversammlung, während bis dahin die Komödianten noch als unehrlich gegolten hatten. Die Dramatiker erlangten einige Rechte, indem die heute selbstverständliche Bestimmung erlassen wurde, daß die Werke lebender Autoren nur mit ihrer Zustimmung aufgeführt werden dürfen und die Werke toter Dichter zehn Jahre lang für ihre Nachkommen geschützt seien. Um dem Volk den Theaterbesuch zugänglich zu machen, mußten einmal in jeder Woche sämtliche Theater Freivorstellungen geben, deren Kosten die Republik trug.

In Deutschland traten während der Revolution von 1848 ähnliche Erscheinungen zutage. Man forderte wöchentlich einmal Freivor-

auf seine Bzge. In seine Stira hatten sich finstere Hallen gegraben. Nun machten sie einen hohen Bächeln Platz.

Sein Entschluß war jedenfalls gefast. Er wollte Klarheit von ihr haben — Klarheit um jeden Preis.

In seinem Hause, vor dem er jetzt ankam, brannte hinter einem Fenster des ersten Stockwerks noch Licht: „Mein Sohn! Bist du's?“ rief ihm auf der Treppe eine gitternde geängstete Stimme entgegen. Auf dem Flur stand eine alte Frau und hielt ihm den Leuchter entgegen.

„Ich habe solche Angst gehabt. Ich dachte, es wäre dir etwas Schlimmes passiert,“ und lassend, freischelnd, als wäre er noch der kleine Junge von einst, in Sorge und Liebe, so streckten sich die alten, dünnen matten Hände nach seinen Wangen hervor.

„Ach, das,“ sagte er rauh, sich ihnen entziehend. Dann wankte er der Mutter, die Tür in seinem Zimmer hinter sich schließend, kurz gute Nacht.

Die alte Frau seufzte. Noch lange blieb sie vor seinem Zimmer stehen — so lange, bis ihr seine ruhigen Atemzüge durch das Schlüsselloch lagten, daß sie keine Sorge mehr um ihn haben brauchte. Dann erst suchte sie, noch einen Segensspruch murmelnd, ihr Lager auf.

4.

Die Untersuchung nahm ihren Fortgang. Von dem Fabrikpersonal war es jedem einzelnen gelungen, sein Alibi nachzuweisen, denn um die künzige Zeit hatte man sich daheim

stellungen, damit das Theater zur „Volkstheater“ werde, und die politische Spannung entlud sich zum großen Teil in den Schauspielhäusern. In dem es bei allen Anspielungen zu ärmlichen Rundgebungen kam. Zweifelslos hat diese Auflassung des Theaters als Parlament oder Volksversammlung viel zur Politisierung der Massen beigetragen. Vom Jahre 1848 geht auch bei uns die soziale Hebung des Schauspielerstandes aus. Die strengen Sitten, die noch vielfach an den Volkstheater üblich waren, wurden abgeschafft, die ersten Theaterpenionsklassen ins Leben gerufen, eine Lantienordnung ward geschaffen, die die Rechte der Autoren sicherte. Das ist aber auch alles, was man erreichte. Die allgemeine Forderung, alle Volkstheater in Nationaltheater zu verwandeln, wurde nur in Wiesbaden durchgeführt und auch dort nach acht Jahren wieder rückgängig gemacht.



Frederic W. Smith.

Der erste amerikanische Journalist in Berlin.

In Berlin ist der amerikanische Journalist, der Kriegs-Korrespondent der „Chicago Tribune“ eingetroffen, der von der Front in Frankreich mit Erlaubnis eines rheinischen Arbeiter- und Soldatenrates nach der Reichshauptstadt gekommen ist, um die amerikanische Öffentlichkeit über die Ernährungsfrage in Deutschland zu unterrichten.

Handel und Verkehr.

Feldpostkarten nach dem Westen sollen wieder zugelassen werden. Es wird aber darauf hingewiesen, daß die Beförderung nur soweit möglich ist, als die Empfänger betreuenden, noch nicht aufgestellten Truppenverbänden angehören. Die Absender werden daher dringend ersucht, solche Feldpostkarten nur dann abzugeben, wenn ihnen bestimmt bekannt ist, daß die in der Adresse angegebenen Truppen in ihrem Verbände noch vorhanden sind. Mit allen Feldpostkarten ist die Adresse des Absenders genau anzugeben, damit die Sendungen, deren Beförderung sich infolge Ausübung der Verbände u. a. als unmöglich herausstellt, zurückgegeben werden können. Sofern bekannt wird, daß eine Truppe einen festen Standort besetzt hat, ist dieser als Bestimmungsort in der Aufschrift anzugeben.

Volkswirtschaftliches.

Massenentlassungen bei den Kriegsgesellschaften. Die Lage des Arbeitsmarktes verschlechtert sich von Woche zu Woche. So sind von den Kriegsgesellschaften Räumigungen großen Umfangs vorgenommen. Infolge Fortfalls der Verlegetränge in der Kriegswirtschaft wurden bereits zahlreiche Entlassungen vorgenommen. Die Zahl der Arbeitslosen nimmt besonders in Bädern und Schlächtereigenen zu. Auch in der Landwirtschaft konnten nicht alle Arbeitskräfte untergebracht werden, obwohl die Kartoffelerzeugung noch nicht beendet ist. Dagegen herrscht noch Schneidern, Schuhmachern und Kleidergebern, ferner Zimmerern und Möbelerstellern harter Mangel. Auf dem landwirtschaftlichen Stellenmarkt macht sich eine weitere Verschlechterung bemerkbar. Weibliche Kräfte, die sich hierzu eignen, beim Mittagessen befunden, was die Angehörigen befähigen konnten.

Amtsrichter Braunschweig mußte sich gestehen, daß er am Ende seiner Weisheit war. Nur eine einzige Person kam noch für ihn in Betracht, das war Hollfeld selbst.

Dieser Hollfeld gefiel ihm ganz und gar nicht. Warum die Annahme von der Hand weisen, daß er selbst an der Tat beteiligt war? Eingekerkertem war er in der Mittagspause mit dem Ermordeten zusammen gewesen. Der Ermordete hatte das größte Vertrauen zu ihm gehabt, eine Gelegenheit zur Tat hatte dieser Hollfeld besser und bequemer als jeder andere. Auch ein Motiv, das ihn zu der Tat bestimmen konnte, war vorhanden. Wenn auch das aus dem Geldschrank verschwundene Geld nicht in Betracht kommen konnte und dieser Umstand dann noch immer der Aufklärung bedurfte, so gab es doch noch andere Gründe, zum Beispiel, daß Hollfeld, sobald sein Herr aus dem Wege geschafft war, die Leitung der Fabrik, wie es ja in der Tat geschehen war, ganz in die Hände bekam.

Amtsrichter Braunschweig verhielt sich nicht der Einsicht, daß diese seine Annahme auf ziemlich schwachen Füßen stand. Aber wer's auch! Konnte man wissen, welche sonstigen, vorläufig noch verborgenen Umstände dabei mitsprachen? Leider fiel nur diese ganz persönliche Annahme des Amtsrichters in dem Augenblick zu, als sich bei einer neuen Vernehmung Hollfelds herausstellte, daß er um die betreffende Zeit, als der Mord geschah, sich noch im Bahnhofgebäude befunden hatte. Als

berucht man, wieder den hässlichen Dienten anzuführen.

Gerichtshalle.

Berlin. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann die Strafverhandlung gegen die beiden ehemaligen Geschäftsführer der in Konstantinopel gegründeten „Berliner-Gesellschaft m. b. H.“, den Kaufmann Berthold Goltz, genannt Tennau, und den Korrespondenten Franz Rumpel. Die Angeklagten werden des einfachen Raubvergehens und des Betragens gegen das Geiz der Gesellschaft mit beschänkter Zahlung beschuldigt. Es handelt sich um sehr verwickelte Finanzverhältnisse und geschäftliche Transaktionen, an denen der Parkenförderung, die Balkanbank, die Berliner Handelsvereinigung und verschiedene Terrainspekulationen beteiligt waren. Die Verhandlung dürfte länger als eine Woche dauern.

Vermischtes.

Im Stiche lassen. Manche Redewendungen haben heute ihre ursprüngliche und sinnliche Bedeutung völlig verloren. Sie sind leer und farblos geworden, und es fällt schwer oder ist in manchen Fällen ganz unmöglich, sie auf ihre einstige Bedeutung zurückzuführen. In diesen Redewendungen gehört auch der Ausdruck „Im Stiche lassen“, der lobt, bedeutet, wie jemand bei einer Arbeit in einer heißen Lage in schadenfroher Weise zurückzulassen. Versteht, diesen Ausdruck zu erklären, haben auf den Stich im Kartenpiel oder im Tourneer hingewiesen. Wahrscheinlicher dürfte folgende Erklärung sein: noch heute kennen die Spieler das Wort „Stich“ als Bezeichnung für eine steile Wegstelle. Im Stiche läßt man also den prahlenden Fuhrmann, der sich gerührt hat, den steilen Weg ohne Vorwarnung machen zu können, wenn man ihn nachher an der steilen Stelle, im Stiche, trifft und ihn schadenfrohen läßt. Stich für Stich findet sich auch sonst im Tirolischen: man sagt, daß ist ein sticher Weg. Stich hängt auch mit Steig zusammen. Die ursprüngliche Bedeutung des Wortes ist wahrscheinlich Spur, wie ja ein Weg allmählich aus den Spuren der in einer Richtung wandernden Reihigen entsteht. Stechen ist dann so viel wie eine Spur, ein Mal machen. Ein „Stich ins Gröne“ bedeutet eine Spur dieser Farbe in einer anderen. Ein wesentlich anderes Bild liegt dem Begriff Stich im Kartenpiel zugrunde. Hier fährt das Wort auf die Fächerredenarten der Kriegsschiffe zurück, die sich ja zuerst und ausgiebig mit dem Kartenpiel beschäftigt hatten.

Tabakrauch und Pflanzenwachstum. Aber den Einfluß des Tabakrauchs auf das Pflanzenwachstum hat der Wiener Botaniker Pollich interessante Beobachtungen angestellt. Er setzte Keimlinge der Bohne unter eine Glasglocke, blies Tabakrauch hinein und ließ sie elf Tage im Dunkeln stehen. Als sie dann wieder herausgenommen wurden, zeigten sie im Vergleich mit anderen Bohnenkeimlingen, die sich unter normalen Bedingungen entwickeln konnten, nur ein geringes Längenwachstum, dafür aber ein umso größeres Wachstum nach der Dicke hin. Diese Erscheinungen traten schon bei der Einwirkung ganz geringer Mengen von Rauch auf. Auch ganz kleine Lebewesen werden durch Tabakrauch geschädigt und abgetötet. Es ist aber nicht das Nikotin, das, wie man meinen möchte, so wirkt, sondern eines der im Tabakrauche vorkommenden Gase, Schwefelwasserstoff oder Kohlenoxyd. Wahrscheinlich ist das letztere der wirksame Bestandteil des Tabakrauchs.

Was Romanfiguren alles können. In einem Pariser Blatt läuft gegenwärtig ein „Enigma“, das „Rästel“ betitelter Roman. Darin findet sich folgende hübsche Stelle: „Der Kellner gleitet durch die Tische, so wie ein norwegischer Schlittschuhläufer mitten durch die Eisberge gleitet.“ Der Verfasser hat entschieden eine zu hohe Vorstellung von der Kunst und Gewandtheit norwegischer Schlittschuhläufer, auch von den Eisbergen dürfte er sich kein ganz richtiges Bild gemacht haben. Aber man weiß doch jetzt wenigstens, warum der Roman „Das Rästel“ heißt: seine Figuren müssen wirklich geradezu rästelhafte Aufgaben lösen.

Zeuge dafür traten der Bahnhofskellner und der Oberkellner auf. Beide sagten übereinstimmend aus, daß Hollfeld an jenem Tage wie immer erst um dreieiertel Zwei aus dem Speisesaal entfernt hatte, nachdem ihm der Oberkellner wie gewöhnlich noch den Kaffee gebracht hatte. Daß der Zeitpunkt beiden Zeugen so genau in Erinnerung geblieben war, lag daran, daß fünf Minuten nach halb Zwei der Dresdener Zug einlief, den Hollfeld immer abzuwarten pflegte. Hatte er ihn an jenem Tage nicht abgewartet und sich früher entfernt, so wäre das den beiden als ein Widerspruch gegen seine bisherige Gepflogenheit ganz sicher nicht entgangen. Es blieb für jene Annahme allerdings noch immer die Möglichkeit übrig, daß die Fahrkarte und die Bahnsteigkarte nicht übereinstimmten und daß die erste der letzteren vorging. Aber auch damit war es nicht, denn es ergab sich, daß die Fahrkarte an jedem Monatsersten genau nach der Bahnsteigkarte gestellt wurde, und daß der Zeitumschrieb während des ganzen Monats noch nicht eine Minute betrug. Beide Zeugen verstanden eigentlich nicht, was sie von diesen durch den Untersuchungsbefragten an sie gestellten Fragen zu halten hatten, denn daß jemand auf einen Mann wie Hollfeld auch nur einen Schatten von Verdacht werfen konnte, das hätten sie für gänzlich ausgeschlossen gehalten. Nur Hollfeld begriff, was sich der gute Amtsrichter bei diesen Fragen denken mochte; und wenn er mit sich allein war, so lächelte er dazu kalt.

64

(Fortsetzung folgt.)

„Krone“ fand gestern eine öffentliche Volksversammlung statt. Der Vorsitzende vom vorbereitenden Ausschuss, Herr Pfarrer Lic. Fresenius, begrüßte die Erschienenen und wies auf den Ernst der Zeit hin, in der sich alle Bürgerlichen zusammenschließen mußten zu den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung. In dieser Zeit, hob er besonders hervor, solle man nicht so empfindlich sein und sich nicht über Kleinlichkeiten bei Versammlungen aufregen. Zu dem Ausschuss waren noch hinzugefügt worden: Herr Bürgermeister Hasenclever, Frau Heinrich Braun, Frau Ochs, Fräulein Huth, Herr Lehrer Todt, Fräulein Margott. Durch Aufklärung soll der Ausschuss auch in den Nachbarorten wirken. Als Redner war Herr Abgeordneter Dr. Lohmann aus Weibburg gewonnen worden. Gegenstand: „Unsere gegenwärtige Lage und die Aufgabe des Bürgertums bei den kommenden Wahlen zur Nationalversammlung.“ Aus den spannenden Ausführungen sei folgendes hervorgehoben: Die von vielen mit Freuden begrüßte Revolution, die sich auch auf die Länder unserer Feinde ausbreiten sollte, eine verfehlte Spekulation, ist zum Unglück für unser Land geworden und würde bei längerer Dauer den Staatsbankrott zur unvermeidlichen Folge haben. Die Ziele der Sozialdemokratie in militärischer, außerpolitischer und wirtschaftlicher Beziehung würden uns an den Rand des Verderbens führen. Wir müßten uns deshalb zusammenschließen. Im zweiten Teil seines Vortrags verbreitete sich der Herr Redner über das neue Wahlrecht. In einem demnächst erscheinenden Artikel wird davon die Rede sein. In der Besprechung des Vortrags wies Herr Ursell, Vertrauensmann der Zentrums-Partei, auf die Geldverschwendung hin, die sich die neue vorläufige Regierung zuschulden kommen lasse und betonte, daß er die Forderung der Sozialdemokratie auf Trennung von Kirche und Staat als verwerflich erachte. In dem Referat war diese Frage nicht berührt worden, um keinen Zwiespalt hervorzurufen. In seinen Schlussworten dankte Herr Pfarrer Lic. Fresenius dem Herrn Redner für seine lehrreichen Ausführungen und den Zuhörern für ihr Erscheinen. Für die Folge sollten noch weitere Vorträge gehalten werden. Hoffentlich wird die nötige Einigung der bürgerlichen Parteien erzielt und doch noch einmal die Zeit kommen, wo man wieder, wie bemerkt wurde, singen kann: „O Deutschland hoch in Ehren“.

Bergn.-Scheuern, 8. Dez. In der am Samstag stattgefundenen Generalversammlung des Turnvereins erstattete nach einer Begrüßungsansprache der Vorsitzende Hermann Gerke den Jahresbericht. Die Versammlung ehrte die sechs Gefallenen Turner durch Erhebung von den Sitzen. Anschließend gab der Turnwart E. Huber einen ausgiebigen Bericht über das Turnwesen seit dem 1. August 1914. Zum Schluß richtete er an die Anwesenden mahnende Worte der Besonnenheit während der feindlichen Besatzung. Die Neuwahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis: Hermann Gerke, 1. Vorst., Karl Huber, 2. Vorst., Emil Huber, 1. Turnwart, Heinrich Kreibitz, 2. Turnwart, Karl Wilhelm Mlinor, Kassenswart, Heinrich Redhardt, Schriftführer, Karl Schrupp, Beisitzer. Dem jungen, rührigen Verein, der neben Ems und Limburg im weiten Umkreis der einzige Verein ist, welcher die Turnstunden wieder aufgenommen hat, ein „Gut Heil!“

Fochs Proklamation.

Stollberg, 7. Dezbr. Marshall Foch hat im besetzten Gebiet folgende Bekanntmachung erlassen:

„Proklamation!“

Die Militärbehörde der Verbündeten nimmt das Kommando des Landes in ihre Hand. Sie fordert von jedem die strengste Gehorsamkeit. Die zur Zeit der Okkupation bestehenden Gesetze und Vorschriften werden verbürgt, insofern sie uns in unserem Rechte und unsere Sicherheit unterstützen. Die Zivilämter werden unter Leitung und Aufsicht der Militärbehörden ihre Tätigkeit fortsetzen. Die Beamten haben die Pflicht und sind beauftragt, ihr Amt fleißig und ehrlich weiter zu verwalten. Die Gerichte werden weiterhin das Recht sprechen. Die Bewohner müssen sich in Wort und Tat jeder direkten oder indirekten Feindseligkeit der verbündeten Behörden gegenüber verhalten. Sie müssen sich den ihnen gesetzmäßig auferlegten Requisitionen unterwerfen. Ein jeder, der sich eines Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht hat, sei er Täter oder Mit-schuldiger, wird sofort verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Der Oberbefehlshaber der verbündeten Armeen, Foch, Marshall von Frankreich.*

Nachrichten

aus dem Sterberegister des Standesamtes zu Nassau pro Monat November.

2. Suhl, Wilhelmine Karoline Pflügel, 39 Jahre alt, zu Bergnassau-Scheuern.
2. Berg, Georg Adam Friedrich, Tagelöhner, 64 Jahre alt, zu Nassau.
3. Klump, Lina Elisabeth geb. Kern, ohne Beruf, 27 Jahre alt, zu Nassau.
3. Lappas Josephine Helene, 5 Jahre alt, zu Nassau.
3. Harf, Wilhelm August, Bergmann, 39 Jahre alt, zu Sulzbach.
5. Herm. Margarethe, 7 Monate alt, zu Dietrichshausen.
8. Steinen, Ely, 15 Tage alt, zu Bergnassau-Scheuern.

0. Preußer, Philipp, Pflügel, 20 Jahre alt, zu Bergnassau-Scheuern.
13. Böhn, Philipp Wilhelm, Fabrikarbeiter, 43 Jahre alt, zu Nassau.
15. Schaab, Katharine Karoline Marie Christine, 9 Jahre alt, zu Sulzbach.
15. Zimmerle, Philipp Jakob, Schuhmacher, 75 Jahre alt, zu Bergnassau-Scheuern.
16. Reibhoffer, Wilhelmine, 13 Jahre alt, zu Nassau.
16. Müller, Heinrich, Landmann, 76 Jahre alt, zu Homburg.
17. Mager, Jost Heinrich Wilhelm, Schneidermeister, 72 Jahre alt, zu Nassau.
19. Schaab, Philipp Andreas Wilhelm, Tagelöhner, 68 Jahre alt, zu Sulzbach.
26. Kaffat, Anton, 5 Monate alt, zu Nassau.
27. Müller, Heinrich, Buchdruckereibesitzer, 67 Jahre alt, zu Nassau.
27. Hecht, Paul Ludwig, Pflügel, 44 Jahre alt, zu Bergnassau-Scheuern.
30. Arnold, Magdalene geb. Bilo, ohne Beruf, zu Nassau.

12 750. Diez, den 30. November 1918.

Bekanntmachung.

Ich habe den Tierarzt Dr. Hartnack in Nassau zum Ergänzungsfleischbeschauer in den Schaubezirken Nassau, Altenhausen, Bergnassau-Scheuern, Darsenau, Homburg, Seelbach, Weindahl, Winden, Bad Ems, Kemmenau und Becheln, sowie zum Ergänzungsfleischbeschau stellvertreter in den Schaubezirken Altdiez, Bremberg, Dörnberg, Ruppertod, Diershausen, Gutenacker, Göttingen, Heistenbach, Hirschberg, Holsappel, Horhausen, Jüdelbach, Kemmenau, Langenscheid, Laurenburg, Rödorf, Niederliefenbach, Scheidt, Steinsberg und Wasenbach ernannt. Die Stellvertretung des Tierarztes Dr. Hartnack erfolgt durch den Kreisierarzt Herrn Veterinär Dr. Werner in Diez. Desgleichen ist Dr. Hartnack als ordentlicher Fleischbeschauer für die gewerblichen Schlachtungen im Stadtbezirk Nassau ernannt und als sein Stellvertreter der Fleischbeschauer Karl Schmidt in Nassau bestimmt.

Außerdem ist Dr. Hartnack gemäß § 7 der ministeriellen Ausführungsbestimmungen vom 20. März 1913 zum Stellvertreter der ordentlichen Fleischbeschauer in solchen Fällen ernannt in denen er zur Untersuchung und Behandlung der Tiere zugezogen worden ist.

Die Herren Bürgermeister der genannten Gemeinden werden um entsprechende Weiterbekanntgabe ersucht.

Der Landrat:
Thon.

Veröffentlicht.

Nassau, den 7. Dezember 1918.

Der Bürgermeister:
Hasenclever.

Bergn.-Scheuern, 7. Dez. 1918.

Der Bürgermeister:
Rau.

Bekanntmachung.

Staatssekretär Erzberger hat auf die nachfolgenden Fragen die beigefügten Antworten gegeben:

1. Frage: Dürfen erst nach Waffenstillstand entlassene Heeresangehörige, die nicht vor Kriegsausbruch im besetzten Gebiet anständig waren, hierbleiben?

Antwort: Ordnungsgemäß entlassene Wehrpflichtige, die während des Krieges dorthin verzogen sind, können hierbleiben.

2. Frage: Dürfen zwischen Kriegsausbruch und Waffenstillstand Eingewanderte ohne Rücksicht auf die Dauer des Aufenthalts hierbleiben?

Antwort: Ja.

3. Frage: Dürfen Entlassene, darunter auch freizukommende Angehörige, die nie Waffenbesitz getan haben, hierbleiben, wenn sie erst nach dem Waffenstillstand zugezogen und hier beruflich tätig sind?

Antwort: Nein, mit Ausnahme von Beamten.

4. Frage: Können Nichtwehrpflichtige bleiben, die kurz vor oder nach dem Waffenstillstand zugezogen sind?

Antwort: Ja.

Wiesbaden, den 8. Dezember 1918.

Der Demobilisierungskommissar:

J. B.
gez. Rötter.

Wird veröffentlicht.

Nassau, den 10. Dezember 1918.

Der Magistrat:

Hasenclever.

Bergn.-Scheuern, den 10. Dezember 1918.

Der Bürgermeister:
Rau.

Bekanntmachung.

Für Fortschaffung von Heeresgut aus zu räumenden Gebieten können an Bereitwillige Prämien bis zu 10% des Schätzungswertes des zu bergenden Gutes für vollendete Bergung gezahlt werden.

Der Landrat:
Thon.

Kreibank.

Heute — Mittwoch — Nachmittag von 2 Uhr an wird Pferdefleisch verkauft. Preis 70 Pfennig das Pfund.

Nassau, den 11. Dezember 1918.

Der Bürgermeister:
Hasenclever.

Denn wir wissen, dass wenn unser irdisches Haus, die Hütte, zerstört wird, wir einen Bau von Gott haben, ein Haus, nicht mit Händen gemacht, ein ewiges, in den Himmeln.
2. Kor. 5, 1.

Heute Vormittag 9 $\frac{1}{2}$ Uhr ging mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater

Adolf Cleff,

im Alter von 54 Jahren, nach längerem, mit grosser Ergebenheit ertragenem schmerzhaften Leiden, heim zu seinem Herrn.

Sein klares und bestimmtes Zeugnis ein Eigentum Jesu seines Heilandes zu sein gibt uns, die wir durch Gottes Gnade dasselbe bezeugen dürfen, die selige Gewissheit, ihn droben wieder zu finden und tröstet uns in unserm tiefem Schmerz.

Frau Emilie Cleff, geb. Wierwille,

Gertrud Cleff,

Hans Cleff, z. Zt. in belgischer Gefangenschaft.

Nassau (Lahn), den 9. Dezember 1918.

Das Begräbnis findet am Donnerstag, den 12. Dez., nachm. 2 $\frac{1}{2}$ Uhr vom Sterbehause, Oberhofstr. 21, aus statt.

Es wird freundlichst gebeten, von Beileidsbesuchen und Kranzspenden absehen zu wollen.

Nachrichten des Kriegswirtschaftsamtes der Stadt Nassau.

Fleisch.

Die Menge Fleisch und Fleischwaren, die in dieser Woche verabfolgt wird, ist aus dem Aushang in den Metzgerläden zu sehen.

Der Verkauf von Fleisch und Fleischwaren findet am Freitag statt und zwar vormittags von 7 $\frac{1}{2}$ — 12 und nachmittags von 1 — 7 Uhr.

Im Interesse eines geregelten Verkaufs werden die Verkaufsstunden wie folgt festgesetzt.

Freitag Vormittag.

Von 7 $\frac{1}{2}$ — 9 Uhr Fleisch. 2401 — 2900

Von 9 — 10 $\frac{1}{2}$ Uhr Fleisch. 2901 — Schl.

und 1 — 250

Von 10 $\frac{1}{2}$ — 12 Uhr Fleisch. 251 — 650

ferner Winden

Freitag Nachmittag.

Von 1 — 2 $\frac{1}{2}$ Uhr Fleisch. 651 — 1000

Von 2 $\frac{1}{2}$ — 4 Uhr Fleisch. 1001 — 1500

ferner Homburg und Zimmerschied.

Von 4 — 5 $\frac{1}{2}$ Uhr Fleisch. 1501 — 2000

ferner Weinähr

Von 5 $\frac{1}{2}$ — 7 Uhr Fleisch. 2001 — 2400

Weißkraut.

Donnerstag vormittags von 8 Uhr ab wird im Keller der Löwenbrauerei Weißkraut ausgegeben. Vorherige Bestellung ist nicht erforderlich.

Gelbe Rüben.

Freitag vormittags von 8 Uhr ab werden im Keller der Löwenbrauerei gelbe Rüben ausgegeben. Vorherige Bestellung ist nicht erforderlich.

Kartoffel.

Am Samstag, den 14. Dezember werden im Keller der Königsbrauerei Kartoffel ausgegeben. Bezugsheine sind aus dem Bürgermeisterei einzuholen.

Strohverkauf.

In der Schule lagert Stroh, das während der Einquartierung benutzt worden ist. Dasselbe kommt Donnerstag, den 12. Dezember, mittags 12 Uhr an Ort und Stelle zum Verkauf.

Fleischverorgungsbezirk Bergnassau-Scheuern.

Die Fleischabgabe erfolgt in dieser Woche

Freitag Vormittag:

An die Bewohner von Bergn.-Scheuern:

Von 9 — 10 Uhr Fleischkarten 101 — 200

Von 10 — 11 Uhr Fleischkarten 201 — Schl.

Von 11 — 12 Uhr Fleischkarten 1 — 100

Freitag Nachmittag:

Von 3 — 4 Uhr Oberwies, Schweighausen,

Wesshofen und Gelsig,

Von 4 — 5 Uhr Sulzbach.

Von 5 — 6 Uhr Dietrichshausen und Miffelberg.

Bergn.-Scheuern, 11. Dezember 1918.

Der Bürgermeister:

Rau.

Von Ungenannt in Nassau für die Kriegsblinden durch Herrn Pfarrer Moser 3. H. Von einer Kriegerfamilie in Nassau, der der Vater aus dem Felde heimgekehrt ist, durch Herrn Pfarrer Moser 5. H., wofür dankend quittiert.

„Nassauer Anzeiger“.

Ordentl. fleißiges Mädchen in kleinen Haushalt (2 Person.) sofort gesucht. Darmstädter Hof, Bad Ems.

Stopfgarn,

schwarz, gelb und weiß, hat abzugeben Alb. Rosenthal, Nassau u.



Ich habe mich in Nassau niedergelassen und wohne Bahnhofstrasse 2 bei Radtke.

Dr. Hartnack,
prakt. Tierarzt.

Meine Telefonnummer werde ich noch bekannt geben.



„Gütermann's“ Sternseide in allen Farben angekommen.

Alb. Rosenthal, Nassau.

Größte Auswahl in:

Kragenknöpfen,
Manschettenknöpfen,
Krawatten.

Albert Rosenthal, Nassau.

In der Villa Beilestein in Nassau ist das untere Stockwerk nebst Mansarde, Keller und Gar-
tenteil vom 1. April 1919 ab zu vermieten.

Nassau, 9. Dezember 1918.

Der Vorstand der Ev. Kirchengemeinde Moser, Pfarrer.

Tomatenmark

vorzüglich als

Brotaufstrich,

sonst zur Verbesserung des Geschmacks der Speisen. In $\frac{1}{2}$ Pfund-Dosen zu 1. — Mk. erhältlich bei J. W. Ruhn, Nassau.

Für Waggonbau suchen wir noch 6 Schreiner od. Wagner

Glühnhütte Nassau.

Große Auswahl in:
Hackmaschinen, Messer und Gabeln.

Alb. Rosenthal, Nassau.

Kräfte, zur Bergarbeit taugliche Leute finden auf Grube Holzappel sofort dauernde Beschäftigung.

Rheinnassau, Laurenburg-Lahn

1 Dienst- und 1 Ladenmädchen

für ein Schuh-, Schreibwaren- u. Zigarrengeschäft nach auswärts zum baldigen Eintritt gesucht.

Näheres bei Albert Rosenthal, Nassau-Lahn.